Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission
für die Erforschung der jüngeren Geschichte der
deutsch-russischen Beziehungen

Deutsche und sowjetische Gesellschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt

Traumata und Hoffnungen

Herausgegeben im Auftrag

der Gemeinsamen Kommission

für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

von Andreas Wirsching und Aleksandr Čubar'jan

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Das Projekt wurde unterstützt durch die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen und gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Für die inhaltlichen Aussagen der namentlich gezeichneten Beiträge
tragen die jeweiligen Autoren die Verantwortung.

Redaktion
in Deutschland: Jürgen Zarusky†, Verena Brunel, Yuliya von Saal, Galina Veldanova
in Russland: Viktor Iščenko, Natalia Timofeeva

ISBN 978-3-11-063376-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-063794-6
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-063394-8
ISSN 2191-9585

Library of Congress Control Number: 2020944777

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2020 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Satz: le-tex publishing services GmbH, Leipzig
Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Inhaltsverzeichnis

Andreas Wirsching, Aleksandr Čubar'jan
Vorwort IX

Jürgen Zarusky 28.4.1958 – 4.3.2019 1

Kolloquium „Deutsche und sowjetische Gesellschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Traumata und Hoffnungen"
Bonn, 8. Juli 2016

Natalia Timofeeva
Der schwere Weg nach Hause: Die Resozialisierung der „Ostarbeiter" nach ihrer Rückkehr in die UdSSR 1945–1955 4

Angelika Königseder
Zur Situation der jüdischen DPs 13

Stefan Troebst
Flucht, Verschleppung und Vertreibung von Deutschen 1944–1948 22

Vasilij Christoforov
Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946–1949 28

Andreas Malycha
Zur sozioökonomischen Situation in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/ DDR 1945 bis 1950 43

Thomas Schlemmer
Zwischen Hunger und Hoffnung. Ernährung und Alltag in (West-)Deutschland von der „Rationengesellschaft" zum „Wirtschaftswunder" 58

Beate Fieseler
Von der Waffe an die Wiege: Sowjetische Familien- und Geschlechterpolitik im Kontext des „Großen Vaterländischen Krieges" 76

Nina Vaškau
Vergangenheitsbewältigung: Der Wandel der Geschlechterrollen in der UdSSR im Nachkriegsjahrzehnt 91

Till van Rahden
Sanfte Vaterschaft und Demokratie in der frühen Bundesrepublik 96

Nachwuchsworkshop „Neue Perspektiven auf die deutsch-russische Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im globalen Kontext“
Heidelberg, 29. Oktober – 2. November 2017

Vorwort der Organisatoren 115

Andreas Hilger
Deutsch-russische Geschichte und Globalgeschichte 117

Nadezda Fichtner
Michail Rostovtzeffs Wissenschaftsbeziehungen zu deutschen Gelehrten Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1920er-Jahre 126

Lilija Wedel
Kulturtransfer und Konsumkultur durch das Prisma der Werbung im Russischen Kaiserreich 1870–1914 136

Igor' Barinov
Deutschbaltische Offiziere in der zaristischen Armee 1914–1918: Zwischen Imperium und Nation 150

Leontij Lannik
Die Implementierung der Verträge von Brest-Litovsk als Problem der Koalitionsstrategie der Mittelmächte 160

Nataliya Kopcha
Politischer Mythos im Kulturtransfer: Politische Dostoevskij-Rezeption bei Arthur Moeller van den Bruck 173

Yuliya von Saal
Sowjetische Kriegskindheiten: Überlegungen zu einem Forschungsfeld 184

Kristina Tanis
Beutefilme in der Sowjetunion: Besonderheiten des Kulturtransfers 206

Alexey Tikhomirov
Das visuelle Besatzungsregime im Ostdeutschland der Nachkriegszeit 1945–1961 217

Aleksei Sorokin
Das Sowjetunionbild der Bundeskanzler Adenauer und Brandt 247

Alexander Friedman
West-Berlin als „Geheimtipp für jüdische Emigranten". Die Stasi, der KGB und die jüdisch-sowjetische Community in West-Berlin in den 1970er- und 1980er-Jahren 260

Die Autoren dieses Bandes 273

Kontakte 275

Vorwort

Der vorliegende neunte Band der „Mitteilungen" der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen dokumentiert das Kolloquium zum Thema „Deutsche und sowjetische Gesellschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Traumata und Hoffnungen", das im Rahmen der Jahrestagung der Kommission im Jahr 2016 in Bonn stattgefunden hat.

Nach dem bewährtem Arbeitsprinzip der Kommission wurde ein historisches Thema gewählt, das für unsere beiden Länder von hoher Aktualität ist und daher nicht nur die Historiker beider Seiten beschäftigt, sondern zugleich auch Vergleichsperspektiven eröffnet, die dem besseren wechselseitigen Verständnis dienen können und sollten. Die materiellen Nöte in den Nachkriegsjahren, die freiwilligen und erzwungenen Migrationsbewegungen, die Lage ehemaliger NS-Verfolgter wie jüdischer DPs und „Ostarbeiter", aber auch die Infragestellung herkömmlicher Geschlechterordnungen infolge der Kriegsereignisse werden von deutschen und russischen Historikerinnen und Historikern facettenreich in den Blick genommen.

Daneben findet auch ein neues Arbeitsformat der Kommission in diesem Band seinen Niederschlag. Erstmals hat sie im Herbst 2017 einen Nachwuchsworkshop durchgeführt, der von den Kommissionsmitgliedern Prof. Tanja Penter (Heidelberg) und Prof. Alexander Vatlin (Moskau) organisiert wurde. Junge Historiker aus beiden Ländern diskutierten an der Universität Heidelberg über „Neue Perspektiven auf die deutsch-russische Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im globalen Kontext". Eine Auswahl der Beiträge findet sich im zweiten Teil des vorliegenden Bandes. Die Nachwuchstagung und die daraus hervorgegangene vorliegende Publikation zeigen, dass die intellektuelle Auseinandersetzung mit der deutsch-russischen Beziehungsgeschichte keineswegs nur die Sache älterer Generationen ist, sondern vielmehr ein auch für junge Historiker bedeutsames und attraktives Forschungsfeld darstellt.

Anfang 2019 wurden die Gemeinsame deutsch-russische Kommission und die Redaktion der „Mitteilungen" von einem schweren Verlust getroffen. Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 4. März 2019 der langjährige Redakteur und Impulsgeber der „Mitteilungen" und der Kommission, Dr. Jürgen Zarusky, der auch diesen Band anfänglich begleitet hat. Seine Aufgaben zur Unterstützung der seit 2016 tätigen Redakteurin Verena Brunel wurden von Dr. Yuliya von Saal übernommen. Auf russischer Seite gehören der Redaktion Dr. Viktor Iščenko und Dr. Natalia Timofeeva an.

Die Kommission dankt den auf deutscher und russischer Seite beteiligten Ministerien für ihre nachhaltige Unterstützung, namentlich dem Außenministerium der Russischen Föderation und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Prof. Dr. Andreas Wirsching
(Deutscher Co-Vorsitzender)

Prof. Dr. Aleksandr Čubar'jan
(Akademiemitglied, russischer Co-Vorsitzender)

https://doi.org/10.1515/9783110637946-201

Jürgen Zarusky 28.4.1958 – 4.3.2019

Jürgen Zarusky, fast drei Jahrzehnte wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und seit 2016 Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, wurde durch eine heimtückische Krankheit mitten aus einem Leben voller Arbeit, neuer Pläne und intensiver Kommunikation gerissen. Einen großen Teil seiner Kraft und Zeit widmete er Russland, seinen Freunden und Kollegen dort, wo ihm eine Art zweiter Heimat zugewachsen war. Schon in seiner Studienzeit engagierte sich Jürgen bei Amnesty International und etablierte engen Briefkontakt mit politischen Häftlingen in der Sowjetunion. Er lernte Russisch und beherrschte es bald fließend. Er reiste viel und gerne zuerst in die Sowjetunion und dann nach Russland, entwickelte sich zu einem der besten Kenner des Landes und hatte dort unzählige wissenschaftliche und persönliche Freunde. Dabei beschäftigte er sich nicht nur als Historiker mit der Geschichte des Landes, sondern er besaß stets ein leidenschaftliches Interesse und Verständnis für die russische Kultur, ihre Bräuche und Literatur. An der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Dialogs mit Russland zweifelte er zu keinem Zeitpunkt.

Die Arbeit der Gemeinsamen Deutsch-Russischen Historikerkommission, der er angehörte, war für Jürgen Zarusky eine Herzensangelegenheit. Deren „Mitteilungen" baute er systematisch zu einem Organ des historiografischen Wissenstransfers zwischen beiden Ländern auf. Sich nie zu schade, selbst Hand anzulegen, übersetzte er zahlreiche Beiträge der russischen Kollegen und Freunde und investierte viel Zeit und Kraft in die Redaktionsarbeit der „Mitteilungen". Wissenschaftliche Aspekte und zwischenmenschliche Kontakte gingen dabei Hand in Hand; entsprechend umfangreich war sein Netzwerk von Kollegen und Freunden in Russland, aber auch in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die Mitglieder der Gemeinsamen Deutsch-Russischen Historikerkommission sowie seine vielen weiteren Kollegen und Freunde in beiden Ländern schätzten Jürgen für seine Prinzipientreue und Herzensgüte und seine Bereitschaft, immer und jederzeit behilflich zu sein. Jürgen ist in der Blüte seiner Schaffenskraft von uns gegangen – viele seiner Vorhaben und Pläne konnte er nicht mehr verwirklichen. Sein vorzeitiger Tod bedeutet einen unersetzlichen Verlust für die Arbeit der Kommission und für die Zusammenarbeit zwischen russischen und deutschen Historikerinnen und Historikern. Wir empfinden große Traurigkeit und werden Jürgen Zarusky stets ein bleibendes Angedenken bewahren.

Andreas Wirsching

https://doi.org/10.1515/9783110637946-001

Kolloquium „Deutsche und sowjetische Gesellschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Traumata und Hoffnungen“

Bonn, 8. Juli 2016

Natalia Timofeeva

Der schwere Weg nach Hause: Die Resozialisierung der „Ostarbeiter“ nach ihrer Rückkehr in die UdSSR 1945–1955

Im heutigen Deutschland gibt es eine ganze Forschungsrichtung, die sich mit der Geschichte der ausländischen Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ befasst. Einen wichtigen Platz nehmen dabei die grundlegenden Arbeiten deutscher Historiker zum Schicksal der „Ostarbeiter“ und sowjetischen Kriegsgefangenen ein.[1]

Die russische Gesellschaft bedarf einer Auseinandersetzung mit der Problematik der Zwangsarbeit, von der einige Millionen Sowjetbürger betroffen waren. Dabei sollten sich die Historiker vor allem der Erforschung von Fragen zuwenden, vor denen die ausländische Wissenschaft aufgrund von Sprachbarrieren oder mangels Quellenzugang Halt gemacht hat. Zugleich würde ein Blick der russischen Forscher auf die Arbeiten ihrer deutschen Kollegen die einheimische Geschichtswissenschaft in dieser Frage zweifellos bereichern, wobei Forschungsimpulse gesetzt und neue Aspekte dieser Thematik in das Blickfeld der Wissenschaftler rücken würden. In Russland ist sie nach wie vor nur fragmentarisch untersucht.[2] Nachdem sie lange Zeit „Figuren des Verschweigens“ geblieben waren, sind die „Ostarbeiter“ im Grunde genommen aus der Sphäre der wissenschaftlichen Erkenntnisse, aber auch aus dem öffentlichen und privaten kulturellen Gedächtnis verdrängt worden. Zur Verteidigung der russischen Geschichtswissenschaft dürfen allerdings die Arbeiten von Pavel Poljan sowie die 2016 erschienene fundamentale Monografie von Viktor Zemskov, in der er einige wichtige Fragen zur Repatriierung sowjetischer Bürger in den Jahren 1944 bis 1951 detailliert beleuchtet, nicht unerwähnt bleiben.[3] Bis heute bleibt das schwierige Thema der Resozialisierung der nach Deutschland verschleppten So-

[1] Siehe z. B. *Ulrich Herbert*: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin/Bonn 1985; *Christian Streit*: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Bonn 1991; *Nicolas Apostolopoulos*, *Cord Pagenstecher* (Hrsg.): Erinnern an Zwangsarbeit. Zeitzeugen-Interviews in der digitalen Welt. Berlin 2013.

[2] Siehe: *E. L. Dančenko*: Zabytye žertvy vojny: „vostočnye rabočie“ v sovremennoj rossijskoj pamjati. In: *Natal'ja P. Timofeeva* (sost., otv. red.): «Svoj – drugoj – čužoj»: paradoksy vzaimovosprijatija russkich i nemcev v kontekste istorii XX v. Materialy konferencii. Voronež 2014, S. 101–109.

[3] Siehe: *Pavel M. Poljan:* Žertvy dvuch diktatur. Žizn', trud, uniženija i smert' sovetskich voennoplennych i ostarbajterov na čužbine i na rodine. Moskva 2002; *Victor N. Zemskov*: Vozvraščenie sovetskich peremeščennych lic v SSSR, 1944–1952 gg. Moskva 2016. Die Monografie zeugt allerdings davon, dass die zahlreichen Arbeiten deutscher Forscher über die Zwangsarbeit von

https://doi.org/10.1515/9783110637946-002

wjetbürger nach deren Rückkehr in die Heimat außerhalb des Blickfelds der Forschung. Der vorliegende Aufsatz ist ein Versuch der Formulierung[4] und Interpretation dieses Themas, basierend auf Material aus russischen Archiven sowie einem beträchtlichen Bestand an narrativ-biografischen Interviews, die sowohl von Mitarbeitern des Regionalzentrums für Oral History[5] in Voronež geführt wurden, als auch im Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte“[6] abrufbar sind.

Die Rückführung von Sowjetbürgern in die Heimat nach Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgte auf der Grundlage der Vereinbarungen von Jalta (11.02.1945) und Halle (22.05.1945), laut denen alle Bürger der Sowjetunion, unabhängig von ihren eigenen Wünschen, der Repatriierung in die UdSSR unterlagen. Der Großteil der Sowjetbürger, die bis zur Befreiung überlebt hatten, wollte jedoch – trotz der für viele unerwarteten feindseligen Haltung der sowjetischen Soldaten bei der ersten Begegnung – zurück nach Hause. Vladimir Naumov erinnert sich:

> Wir sahen schon russische Soldaten, fühlten uns schon fast zu Hause, schrien „Hurra!“, und plötzlich sahen wir, wie unsere Soldaten uns zur Antwort schweigend mit den Fäusten drohten … Dann gab es Verhöre, Kontrollen, Filtration und erst danach – die Rückkehr in die Heimat.[7]

Die Flucht von Repatrianten aus Lagern, in denen sie vor ihrer Verschickung in die Heimat untergebracht waren, war keine Seltenheit. Die geringschätzige Haltung der Soldaten,[8] die

Sowjetbürgern im nationalsozialistischen Deutschland sich praktisch vollständig außerhalb des Blickfelds des Autors befanden.

4 Erstmals wurde dieses Thema 2006 von der von mir betreuten Doktorandin am Lehrstuhl für Ausländische Geschichte der Staatlichen Pädagogischen Universität Voroneż, E. V. Rjažskich, in einem Vortrag auf der Konferenz „Ustnaja istorija v sovremennych social’no-gumanitarnych issledovanijach: teorija i praktika“ (Oral History in den modernen Sozial- und Geisteswissenschaften: Theorie und Praxis) präsentiert. Diese Konferenz wurde von der Nationalen W. N. Karasin-Universität Charkiv veranstaltet.

5 Das Regionalzentrum für Oral History, aktuelle Bezeichnung – „Oral History Zentrum für Forschung und Lehre“, ist in die Strukturen des Instituts für Hochtechnologie Voronež (VIVT) eingebettet. Es handelt sich um Interviews, die im Rahmen des internationalen Projekts „Biografische Dokumentation der Sklaven- und Zwangsarbeit in NS-Deutschland“ geführt wurden.

6 URL: https://www.zwangsarbeit-archiv.de/ru

7 *W. I. Naumov*: Vspominaja perežitoe. In: *Natal’ja P. Timofeeva* (sost., nauč. red.): „Detstvo u menja bylo…“ Obraz koncentracionnogo lagerja v vospominanijach byvšich nesoveršennoletnich uznikov. Voronež 2010, S. 24.

8 „Personen, die von den Armeeeinheiten kommen, beschweren sich darüber, dass man ihnen in den Einheiten keine Zeit zum Packen gelassen hat und dass sofort aufgesessen und ins Lager gefahren werden muss, wodurch die Menschen ihre Sachen bei den Einheiten lassen. Auf derartige Vorkommnisse stößt man leider sehr häufig.“ Der Politoffizier des Lagers 226, Oberstleutnant Prjadichin, an den stellvertretenden Leiter der Verwaltung für Repatriierung und Suche von Staatsbürgern der Vereinten Nationen bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Garde-Oberst Pisarenko, 2. Aug. 1946. Staatsarchiv der Russischen Föderation (künftig GARF), f. P-7317, op. 20, d. 13, l. 109.

kümmerlichen Rationen[9], das niedrige Arbeitsentgelt für Heimkehrer[10] und, schließlich die Unterbringung und Arbeit unter haftähnlichen Bedingungen[11] – all das rief Assoziationen mit der jüngsten Vergangenheit hervor und führte zu Enttäuschung und Depression bis hin zum Selbstmord.[12] Noch schwieriger war die Lage der Frauen. Von den Vertretern der Repatriierungsabteilungen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland initiierte Überprüfungen offenbarten Beischlaf von Heimkehrerinnen mit Offizieren, die ihre dienstliche Stellung missbrauchten.[13]

Den meisten Repatrianten blieb jedoch die Hoffnung auf ein Wiedersehen mit ihren Angehörigen, die in einem geregelten Strom Briefe mit dem Appell nach Deutschland schickten, in die Heimat zurückzukehren.[14] Kaum jemand von ihnen konnte sich jedoch vorstellen, was sie in dem vom Krieg gezeichneten Land erwarten würde. Der Wunsch, ihre Angehörigen nach langer, unfreiwilliger Trennung wiederzusehen, führte zu einer Idealisierung der sowjetischen Vorkriegsrealität und zu einer entsprechenden Erwartungshaltung. Die Hoffnung auf Rückkehr, die den Menschen geholfen hatte, in der Unfreiheit zu überleben, wurde von einem unbegründeten Vertrauen in die Zukunft nach der Rückkehr abgelöst.[15]

[9] „[…] die Großküche für Heimkehrer ist in einem der Räume des Gefängnisses eingerichtet. Es gibt Fälle, in denen der Leiter der Kantine ohne Erlaubnis des Kommandanten und ohne Abstimmung mit dem Verpflegungsoffizier den Speiseplan ändert, was den Diebstahl von Lebensmitteln ermöglicht." Schriftlicher Bericht des Chefinstrukteurs der Abteilung für Politische Aufklärung bei der Verwaltung für Repatriierungsangelegenheiten der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBT), Major Loginov, an den Leiter der Abteilung für Politische Aufklärung bei der Verwaltung für Repatriierungsangelegenheiten der GSBT in Deutschland, Garde-Oberst Pisarenko, vom 18. Aug. 1946. Ebd., l. 63.

[10] „Zahlungen werden willkürlich vorgenommen. Es gibt keine feste Besoldungsordnung, wem wie viel auszuzahlen ist." Meldung von Oberst I. S. Volkov an den Leiter der Verwaltung für Repatriierungsangelegenheiten der GSBT, Generalleutnant Veršinin. Februar 1946. Ebd., d. 45, l. 4.

[11] Das Lager Nr. 226 (Stadt Brandenburg) zum Beispiel „war mit einigen Reihen Stacheldraht umzäunt und stand unter verstärkter Bewachung". Siehe: Verwaltung des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten. Generalleutnant Golubev an den Militäroberstaatsanwalt der Streitkräfte der UdSSR, Generalleutnant Afanas'ev, 28. Juli 1948. Ebd., d. 103, l. 101.

[12] Ebd., d. 103, l. 25.

[13] Siehe z. B. Protokoll vom 7. Juni 1946. GARF, f. 9562, op. 1, d. 61, l. 96 f.

[14] So beseitigte ein kurzer Brief, den V. V. Ukrainskaja von ihrer Mutter erhielt, ihre Zweifel und trug zu ihrer Entscheidung bei, in die Sowjetunion zurückzukehren. Ihre Mutter schrieb: „Liebe Tochter, komm heim. Ich lebe, Tolik lebt. Wir wohnen in einem anderen Haus …" Interview mit V. V. Ukrainskaja. Archiv des Oral History Zentrums für Forschung und Lehre des Instituts für Hochtechnologie Voronež (VIVT), f. „Biografičeskaja dokumentacija rabskogo i prinuditel'nogo truda v nacistskoj Germanii" (Biografische Dokumentation der Sklaven- und Zwangsarbeit in NS-Deutschland).

[15] Ein Soldat, der den Weg bis nach Deutschland zurückgelegt hatte und V. V. Ukrainskaja dazu überreden wollte, ihn zu heiraten und mit ihm nach Kasachstan zu gehen, versuchte es mit folgenden Argumenten: „Du weißt nicht, was du dort vorfindest. In Russland ist alles zerstört, … Hunger, Kälte, Armut. Das kannst du dir nicht vorstellen." Ebd.

Nicht alle konnten gleich nach Hause zurückkehren. Ein erheblicher Teil der ehemaligen „Ostarbeiter“ wurde zur Arbeit in Armeeeinheiten herangezogen. Allein in der Beschaffungsabteilung der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland waren 10.362 Menschen beschäftigt.[16] In einem Protokoll vom 14. Juni 1946, das auf Grundlage der Ergebnisse einer Überprüfung erstellt wurde, die vom Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten, Generaloberst Filipp Golikov, veranlasst wurde, wird betont:

> Die Stimmung der sowjetischen Bürger ist im Wesentlichen gut; es gibt dankbare Äußerungen über die für sie geschaffenen vorteilhaften Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dessen ungeachtet hat die überwiegende Mehrheit der Sowjetbürger einen vordringlichen Wunsch – den Wunsch, unverzüglich nach Hause, in die Heimat, zu fahren, da alle der Repatriierung unterliegenden Sowjetbürger entgegen ihrem Willen zur Arbeit eingesetzt wurden. Es gibt niemanden, der aus freien Stücken den Wunsch geäußert hätte, in den genannten Viehzuchtbetrieben der Armee zu arbeiten.[17]

In den Jahren 1945 und 1946 wurden gemäß einer Verordnung des Staatskomitees für Verteidigung und des Rates der Volkskommissare der UdSSR junge Repatrianten in Arbeitsbataillone in die sowjetische Industrie und zum Wiederaufbau der zerstörten Städte entsandt. Der Mobilisationscharakter der sowjetischen Wirtschaft blieb auch nach dem Ende des Krieges erhalten. Nach Meinung von Viktor Zemskov, der detaillierte Forschungen zu den Arbeitsbataillonen vorgelegt hat, wurden bis zum 1. Januar 1947 722.841 Personen dort eingeschrieben.[18] Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren so hart, dass von 162 Personen, die in einem der Bertriebe von „Glavgaztopprom“ arbeiteten, „innerhalb von zwei Monaten 25 die Flucht ergriffen“[19] Die Menschen sahen sich auch ob ihrer völlig entrechteten Lage zu drastischen Schritten veranlasst. Einem Schreiben von Heim-

[16] Protokoll vom 14. Juni 1946. GARF, f. 9562, op. 1, d. 61, l. 104.

[17] Ebd., l. 108.

[18] *Zemskov*, Vozvraščenie sovetskich peremeščennych lic v SSSR, S. 305. Zu Repatrianten in Arbeitsbataillonen siehe S. 234–305.

[19] Eingabe von Repatrianten, die dem Eisenbahnministerium zur Verfügung gestellt worden waren und auf dem Bahnhof Pererva auf der Bahnstrecke Moskau-Kursk arbeiteten, vom 29. Juli 1946. GARF, f. P-7317, op. 20, d. 45, l. 37. Siehe auch die Erinnerungen der ehemaligen „Ostarbeiterin“ V. V. Ukrainskaja, die zum Wiederaufbau der Stadt Novorossijsk geschickt worden war: „Die Stadt lag in einer Senke, zwei Zementfabriken waren zerstört. Die ganze Stadt war kaputt, wir hatten Februar. Es war kalt, der Wind war fürchterlich. Wir fingen also an, bauten wieder auf. Sie haben uns Baracken ohne Türen und Fenster gegeben – nur mit Brettern verschlagen. Es gab dort irgendwelche Männer, Kriegsgefangene anscheinend, die hatten die Fenster verschlagen. Und da standen diese Betten, solche Holzpritschen, zweistöckig. Sucht euch einen Platz. Ohne Umziehen, ohne Schuhwechsel, gleich zur Arbeit, wir gingen zur Arbeit. Es gab einen Laib Brot und fertig. Verstehen Sie? Einen Laib Brot für zwei Tage, nichts Warmes (kurze Pause), ich weiß nicht mehr, kann mich nicht mehr erinnern. … Wir gingen in die Fabrik, dort waren Öfen. Die Männer haben die Öfen gesetzt und wir – wir haben die Hilfsarbeiten gemacht. Und wissen Sie, als ich diesen Horror sah, Kinder – sie waren halbtot. … Fürchterlicher Hunger. Sie lagen einfach da. Sie haben unter den Rampen Getreide gesammelt, ich habe das schon erzählt. Hunger. Nichts zu Beißen. Verstehen Sie, die Leute gingen weg. Ich hab mir gedacht, ich hau ab.“ Interview mit V. V. Ukrainskaja.

kehrern an den stellvertretenden Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten ist zu entnehmen, dass sie im Juni 1946 noch immer nicht über Dokumente verfügten, die ihre Identität bestätigten und aufgrund ihres fehlenden Militärausweises nicht wussten, ob sie in der Wehrkartei erfasst waren. Aus einer Erklärung des Personalleiters geht hervor, dass diese Arbeiter nicht das Recht hatten, einer Gewerkschaft beizutreten. Sie wurden ohne Berücksichtigung ihrer Qualifikation eingesetzt, bekamen Überstunden nicht bezahlt, keinen kurzfristigen Urlaub zu Erholungszwecken und keine Ausgleichszahlungen genehmigt. Die Situation wurde durch die feindselige und verächtliche Haltung der lokalen Bevölkerung – einschließlich der Vorgesetzten – verschärft. Die Repatrianten schrieben: „Man weist uns eine Arbeit zu, bei der es nicht [möglich, N. T.] erscheint, genug für das eigene Existenzminimum zu verdienen – von anderen Dingen ganz zu schweigen. Wir werden erniedrigt und beleidigt, als Abtrünnige und Verräter bezeichnet, was uns tief in der Seele trifft." Die Absender des Schreibens baten den Bevollmächtigten für Repatriierungsangelegenheiten darum, „die obigen Unverschämtheiten" zu unterbinden und ihnen „bei der Erlangung der vollen Rechte als Bürger der UdSSR" behilflich zu sein.[20]

Der Apparat des Bevollmächtigten bemühte sich, die akuten Probleme zu lösen und schrieb Briefe an die Vertreter des Direktoriums und an die Fachministerien. Sie sollten darauf hinweisen, dass alle Fragen bezüglich der Repatrianten „wie: materielle Versorgung, Verschaffung von Arbeit im erlernten Beruf, Entlassung, Genehmigung von Urlaub usw. von der Betriebsverwaltung oder deren übergeordneten Instanzen auf der Grundlage der geltenden Gesetze für die gesamte Belegschaft geregelt werden".[21] Die Effektivität derartiger Schreiben war allem Anschein nach nicht besonders hoch. Dies zeigt sich am Beispiel des Schreibens eines Repatrianten aus einem Arbeitsbataillon in Baschkirien, der unter anderem die Beantwortung folgender Fragen forderte:

> a) Unsere Presse schrieb, dass am 9.05.1945, dem Tag des Sieges, der Jubel so groß war, dass völlig fremde Menschen auf Straßen und Plätzen einander umarmten und küssten. Warum ist uns und unseren Familien dieses Glück bis jetzt nicht vergönnt? b) Warum werden wir für die schwersten Tätigkeiten herangezogen und bekommen keine Arbeit, die unserer Ausbildung entspricht, wo es unter uns doch Leute mit Hochschulbildung gibt, darunter Pädagogen, Agronomen und überhaupt zuverlässiges Personal? Wenn es eine Regierungsentscheidung gibt, uns nur in der Produktion einzusetzen, wo steht sie geschrieben und warum wird sie uns nicht bekannt gegeben? c) Warum haben wir noch immer keine Ausweispapiere, ohne die wir nicht einmal die Möglichkeit haben, unseren Urlaub zu Hause im Kreise unserer Familien zu verbringen? d) Warum gibt es auf den Dokumenten, die den Repatriierten an anderen Orten ausgestellt wurden, einen Stempel mit dem Vermerk „Gültig nur in der Stadt soundso"? Dieses Dokument nimmt einem doch das Recht, den Ort, wohin man gebracht wurde, zu verlassen?[22]

[20] Eingabe an den stellvertretenden Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten vom 29. Juni 1946. GARF, f. 9562, op. 1, d. 61, l. 225.

[21] Schreiben des Assistenten des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten, Generalmajor Basilov, vom 18. Apr. 1946. Ebd., d. 302, l. 55.

[22] Schreiben von B. I. Balaban an den Leiter der Unterbringungsabteilung bei der Verwaltung des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten, Oberst Nikulin, vom 30. Mai 1946. GARF, f. 9562, op. 1, d. 61, l. 201 – 201 ob.

Bis 1952 kehrten mehr als 4,3 Millionen Sowjetbürger in die UdSSR zurück.[23] Die meisten von ihnen kamen in vom Krieg zerstörte Städte und Dörfer. Die Führung des Landes erließ einige wichtige Verordnungen: Bereits im Sommer 1945 wurden „Repatrianten, die während des Vaterländischen Krieges in der Roten Armee dienten und zur Arbeit in der Industrie in Arbeitsbataillone entsandt wurden sowie ehemaligen Kriegsgefangenen der Mannschafts-, Unteroffiziers- und Offiziersgrade", die an ihren ständigen Wohnsitz abkommandiert wurden, Vergünstigungen zuerkannt, wie sie im Gesetz „Über die Demobilisierung der älteren Jahrgänge des Personalbestands der aktiven Armee" vorgesehen waren, das am 23. Juni 1945 vom Obersten Sowjet der UdSSR verabschiedet worden war. Zu diesen Vergünstigungen zählten „Transfer und Verpflegung bis zum ständigen Wohnsitz auf Kosten des Staates" [laut Originaldokument, N. T.], Erhalt eines Arbeitsplatzes innerhalb eines Monats ab dem Tag der Heimkehr, Unterstützung für in ländliche Gegenden Zurückgekehrte beim Erhalt eines Arbeitsplatzes und bei der Einrichtung eines Hausstands, Zuweisungen aus dem Holzschlagkontingent für den Einschlag von Bauholz für Heimkehrer in zeitweilig besetzte Gebiete, sowie die Vergabe von Darlehen an Bedürftige für Bau und Sanierung von Wohngebäuden in Höhe von 5.000 bis 10.000 Rubel und einer Laufzeit von 5 bis 10 Jahren».[24]

Bei der Zuweisung einer Arbeit sollten alle Repatrianten nur in ihrem erlernten Beruf eingesetzt werden. Invaliden hatten einen Anspruch darauf, aus einem Betrieb oder einer Institution auszuscheiden, um nach Hause umzuziehen, wenn sie aus irgendeinem Grund eine Arbeit nicht an ihrem ständigen Wohnsitz erhalten hatten.[25] Die Gesamtzahl der Berufsjahre der ehemaligen „Ostarbeiter" blieb erhalten. Gemäß Verordnung Nr. 2133-1946 des Ministerrats der UdSSR wurden kinderreichen und alleinstehenden Müttern staatliche Beihilfen ab dem Tag ihrer Ankunft in der UdSSR bewilligt und ausgezahlt.[26]

In der Weisung des Generalstaatsanwalts der UdSSR Grigorij Safonov an die Staatsanwälte der Republiken, Regionen und Gebiete vom 30.07.1948 wurde nicht nur die Rechtsgleichheit der in die Heimat Zurückgekehrten mit den anderen Bürgern der Sowjetunion betont, sondern auch pauschale Misstrauensbekundungen gegenüber den Repatriierten sowie „unbegründete Arbeitsentlassungen von ehemaligen Kriegsgefangenen und zwangsverschleppten Sowjetbürgern" verurteilt.[27] Die Situation änderte sich jedoch nur langsam.[28] Die Wirklichkeit der Heimkehrer wich erheblich vom festgelegten Rechtsmodell ab, das beispielsweise in der Radiopropaganda und in speziellen Sendungen für ehemalige, noch im Ausland befindliche Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion eine gewisse Rolle spielte. Die rechtlose Lage der Rückkehrer in die Heimat führte die Repatrianten

[23] *Zemskov*, Vozvraščenie sovetskich peremeščennych lic v SSSR, S. 132.

[24] GARF, f. 9562, op. 1, d. 61, l. 199.

[25] Invalide Repatrianten hatten hier den gleichen Anspruch wie Kriegsinvaliden des Vaterländischen Krieges. Siehe Verordnung Nr. 2553 vom 5. Okt. 1945 des Rats der Volkskommissare der UdSSR. URL: www.lawrussia.ru/texts/legal_346/doc346a409x553.htm

[26] *Poljan*, Žertvy dvuch diktatur, S. 551.

[27] Kopie der Direktive Nr. 7/128c des Generalstaatsanwalts der UdSSR, Gen. Safonov, „Über den Schutz der gesetzlichen Rechte repatriierter Sowjetbürger" vom 24. Mai 1948. GARF, f. P-7317, op. 20, d. 103, l. 105.

[28] Die Arbeitsbataillone wurden 1947 offiziell aufgelöst.

zu dem Schluss, dass es in der UdSSR geheime Verordnungen gab, die ihre Rechte einschränkten.[29]

Die Probleme, die die Heimkehrer auf sich allein gestellt lösen mussten, sprengten bei Weitem den Rahmen der offiziellen Dokumente und Beziehungen. Das Interviewmaterial legt akute Probleme im Resozialisierungsprozess der ehemaligen „Ostarbeiter" offen. Dazu zählten die Wiederaufnahme früherer und das Knüpfen neuer sozialer Kontakte, die Partnersuche zur Familiengründung, aber auch die Arbeitsbeschaffung und Erlangung einer entsprechenden Ausbildung. Einen zentralen Platz nahm auch die Wiederherstellung der Gesundheit ein. Der Erfolg der Resozialisierung hing einerseits von Staat und Gesellschaft, andererseits aber auch von den persönlichen Eigenschaften der Repatrianten sowie von ihren kommunikativen und kognitiven Fähigkeiten ab.

Die Einstellung in der Gesellschaft gegenüber den aus Deutschland Zurückgekehrten war keineswegs eindeutig. Auf dem Land begegnete man den Repatrianten in aller Regel mit Wohlwollen. Man half ihnen, ihren verlorenen Hausstand wiederherzustellen und bot ihnen Obdach an, sofern dies notwendig war. Die Menschen im Dorf, die die Besatzungszeit miterlebt hatten, wussten sehr genau, wie die Verschleppungen abgelaufen waren. Man erinnerte sich an das eigene Dasein in Unfreiheit und die Zwangsarbeit für den Feind. Darüber hinaus genossen Personen, die sich in den Kriegsjahren auf besetztem Gebiet aufgehalten hatten, auch nicht gerade das Vertrauen der sowjetischen Nachkriegsführung. Bei Antritt einer Arbeit musste jeder einen Fragebogen ausfüllen, in dem unter anderem auch die Frage beantwortet werden musste, ob sich die Person selbst oder ein Familienmitglied unter der Besatzung befunden hatte. Diese vergleichbare Lage erleichterte den Heimkehrern die Kommunikation mit ihren Mitmenschen im Dorf.

Die Städter empfingen die aus Deutschland zurückgekehrten Landsleute häufig anders. Für V. Ukrainskaja war die neue Adresse ihrer Mutter eine große Überraschung:

> Ich dachte mir, warum nicht diese Adresse … Ich kam heim nach Schachty und suchte dort meine Mutter, aber meine Mutter war nicht da. Wo ist denn meine Mutter? Und eine Nachbarin sagte zu mir: „Man hat deine Mutter aus der Wohnung geworfen." Ich sagte: „Was heißt, aus der Wohnung geworfen?" „Du warst doch in Deutschland. Deine Mutter hat man aus der Wohnung geworfen, weil du in Deutschland warst." Und ich sagte: „Was kann ich denn dafür, dass Krieg war?" „Weil ihr für die Deutschen gearbeitet habt."[30]

Viele ehemalige „Ostarbeiterinnen" erinnern sich mit Bitterkeit, wie ihnen bei jedem Zerwürfnis mit den Nachbarn von der Gegenseite das Argument des Beischlafs mit den deut-

[29] Schreiben von B. I. Balaban an den Leiter der Unterbringungsabteilung bei der Verwaltung des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten, Oberst Nikulin, vom 30. Mai 1946. GARF, f. 9562, op. 1, d. 61, l. 201.

[30] Interview mit V. V. Ukrainskaja. Der ehemalige Kriegsgefangene S. M. Žučkov beantragte die Rückgabe der Wohnfläche, der ihm im Dorf Brynkovo, Gebiet Moskau, aus dem gleichen Grund weggenommen worden war. Siehe Schreiben des Assistenten des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten, Oberst Kiselev, an den Staatsanwalt der Stadt Moskau. GARF, f. 9526, f. 1, d. 467, l. 347.

schen Feinden in den Jahren der Zwangsarbeit in Deutschland entgegengehalten wurde.[31] Frauen, die eine Ehe eingingen, benutzten die Gelegenheit, ihren Namen zu ändern und sich von ihrer eigenen Biografie zu distanzieren, besonders dann, wenn ihre Verheiratung mit einem Wohnortwechsel verbunden war. Männer, die oft übereilt eine Familie gründeten, zogen es vor, nicht über ihr erlittenes Trauma zu sprechen und blieben in ihrer Ehe einsam. Umso mehr wurden die Erfahrungen der Eltern vor den Kindern verborgen.[32] Dieses Schweigen führte zu einem Bruch der intergenerationalen Bindungen und Kälte in den familiären Beziehungen. Es ist anzumerken, dass viele Frauen nach der Zwangsarbeit in Deutschland mit einer Störung ihrer Fortpflanzungsfähigkeit – ihre Kinder kamen tot oder lebensunfähig zur Welt, aber auch mit Unfruchtbarkeit konfrontiert waren.[33] Durch die schwere körperliche Arbeit in der UdSSR nach der Repatriierung verschärfte sich die Situation.

Meistens suchten Repatrianten Arbeit über Bekannte, wobei sie ihre Vergangenheit verschwiegen und praktisch jede Arbeit annahmen.[34] Es sind jedoch auch Fälle bekannt, in denen sich jemand hilfesuchend an den Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten wandte. A. Solovov aus der Kosakensiedlung Timoševsk in der Region Krasnodar, legte beispielsweise Beschwerde ein, weil er nicht nur keiner pädagogischen Tätigkeit nachgehen durfte, sondern auch aus dem Komsomol ausgeschlossen worden war.[35] Hier sollen die Bemühungen des Apparats des Bevollmächtigten bei der Lösung der Probleme von Heimkehrern, deren Lebenslage es häufig nicht zuließ, Zeit zu verlieren, nicht unerwähnt bleiben. Viele waren in ihrer Familie der Alleinverdiener, halfen ihren jüngeren Geschwistern „auf die Beine“ und übernahmen die Pflege ihrer kranken Eltern.[36] Die überstandene Besatzung wirkte sich auf die Gesundheit der nahen Verwandten aus, die eigenen Gesundheitsprobleme der Repatrianten traten in den Hintergrund.

Die ehemaligen „Ostarbeiter“ kamen aus verschiedenen Bildungsschichten und hatten unterschiedlichen Zugang zu Bildung. Wer keine Unterstützung durch die Familie erhielt, schloss im besten Fall die Grundschule ab, was vor allem auf Frauen zutraf. Ein Teil der Respondenten verfügte über eine mittlere technische Ausbildung. Es gab allerdings auch

[31] Näheres siehe Interview mit A. F. Zolotoreva. URL: https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za350; siehe auch Interview mit L. T. Grišaeva. URL: https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za349

[32] Interview mit L. T. Grišaeva.

[33] Interview mit V. V. Ukrainskaja. Siehe auch Interview mit der ehemaligen Gefangenen des Konzentrationslagers Auschwitz Ol'ga Kuprijanovna Lisačuk. In: *Natal'ja P Timofeeva* (sost., otv. red.): Lagernyj opyt russkich i nemcev – vozmožnosti i predely sovmestnych vospominanij. Voronež 2010, S. 83–124.

[34] Interview mit L. T. Grišaeva.

[35] Der Assistent des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für Repatriierungsangelegenheiten, Oberst Kiselev, an die Personalverwaltung des Ministeriums für Bildung der RSFSR. GARF, f. 9526, op. 1, d. 467, l. 346.

[36] Siehe Interview mit E. I. Kudinova. URL: https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za344

solche, die trotz Zwangsarbeit in Deutschland einen Hochschulabschluss erlangen konnten.[37]

Noch lange nach ihrer Rückkehr in die Heimat standen die ehemaligen „Ostarbeiter" unter der Beobachtung der sowjetischen Organe für innere Angelegenheiten. Ein- bis zweimal im Monat mussten sie bei den entsprechenden Stellen erscheinen. Obwohl viele der Respondenten von Anwerbungsversuchen als Informant/in berichteten, wurde der Kontakt mit den Organen für innere Angelegenheiten von ihnen nur sehr ungern bestätigt. Dennoch gab es derartige Eingeständnisse.[38]

Die Eskalation des Kalten Krieges und der beginnende Kampf gegen den Kosmopolitismus schürten Argwohn und Misstrauen in der Gesellschaft, was zur Stigmatisierung der Repatrianten beitrug. Verwandte und Bekannte weigerten sich, mit den ehemaligen Zwangsarbeitern zu korrespondieren, wenn sich diese noch jenseits der sowjetischen Staatsgrenzen befanden.[39] Die Angst der Sowjetbürger, es könnten ihnen „Verbindungen mit dem Ausland" zur Last gelegt werden, führte bisweilen zum Abreißen sozialer Kontakte und zur Isolation der Repatriierten, die nicht einmal in ihren eigenen Familien Hilfe oder Mitgefühl suchten. Auch bewirkte das gemeinsam Erlebte nicht den Zusammenschluss derjenigen, die noch kurze Zeit zuvor Zwangsarbeiter gewesen waren. Im Gegenteil, sie vermieden geflissentlich den Kontakt zu ihren Leidensgenossen und erkannten sie bei Zufallsbegegnungen demonstrativ nicht wieder.[40] Das Interviewmaterial liefert allerdings den Beweis dafür, dass die ehemaligen „Ostarbeiter" die gemeinsamen Erfahrungen in der Unfreiheit nicht vergessen haben. Bei der ersten Gelegenheit, beginnend in den 1960er-Jahren, machten einige von ihnen ihre Schicksalsgefährten ausfindig und hielten den Kontakt zu ihnen bis zum Lebensende der Mitglieder dieser Mikrogesellschaft aufrecht.

Die Resozialisierung der ehemaligen Zwangsarbeiter nach ihrer Repatriierung in die UdSSR ging mit einem unfreiwilligen Konformismus und der schmerzhaften Verdrängung der traumatischen Erinnerungen an die Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland einher. Das Interviewmaterial offenbart bei vielen von ihnen eine mit den Besonderheiten des Resozialisierungsprozesses verbundene dissoziative Spaltung, das heißt, eine psychische Schutzreaktion – das Bestreben, den seelischen Schmerz zugunsten des Überlebens zu betäuben und die eigene Funktionalität zu bewahren. In Anbetracht der Vielzahl und Heterogenität der vom Krieg betroffenen Gruppen von Sowjetbürgern kann von Dissoziation als Komponente der kulturellen Norm eines Teils der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft ausgegangen werden. Umso mehr, als das Leben in der Sowjetunion der Nachkriegszeit nicht gerade einfach war.

[37] Siehe Interview mit Ju. I. Choržempa. URL: https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za348. Siehe auch *Naumov*, Vspominaja perežitoe, S. 25.

[38] Siehe Interview mit M. D. Selezneva. URL: https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/interviews/za347

[39] Entwurf eines Beschlusses des ZK des Komsomol vom 10. Feb. 1949. Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI), f. 82, op. 2, d. 488, l. 17.

[40] Siehe Interview mit E. I. Kudinova.

Angelika Königseder

Zur Situation der jüdischen DPs

Bei der Befreiung Deutschlands stießen die alliierten Streitkräfte im Jahr 1945 auf bis zu zehn Millionen sogenannter Displaced Persons (DPs). Der offiziellen Definition zufolge handelte es sich dabei um alle „Zivilisten außerhalb der Grenzen ihrer Heimatstaaten", die infolge des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat durch Kriegseinwirkungen und deren Folgen vertrieben, geflohen oder verschleppt worden waren.[1] In der Praxis fielen darunter ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und befreite Konzentrationslagerhäftlinge, nicht jedoch deutsche Flüchtlinge und Vertriebene. Auch die befreiten deutschen, österreichischen und ungarischen Juden als Angehörige der ehemaligen Feindstaaten wurden anfänglich nicht als DPs anerkannt. Unter den Millionen von DPs befanden sich zwischen 50.000 und 75.000 jüdische Überlebende, eine verhältnismäßig kleine Gruppe, die aber besonderer Fürsorge bedurfte. Die meisten von ihnen konnten wegen ihres schlechten Gesundheitszustands nicht in ihre Heimatländer repatriiert werden. Besonders schwierig gestaltete sich die Situation für die Juden osteuropäischer Herkunft. Aufgrund der politischen Veränderungen in dieser Region wollten und konnten viele nicht mehr nach Hause zurückkehren. Einige von ihnen brachen zwar auf der Suche nach überlebenden Familienangehörigen in Richtung Osteuropa auf, da diese Suche jedoch in den meisten Fällen ergebnislos verlief, kehrten sie nach Deutschland und Österreich zurück.

Dort richteten die westlichen Besatzungsmächte – vor allem die USA – Unterbringungsmöglichkeiten für Displaced Persons ein, sogenannte DP-Camps. Sie bestanden aus ehemaligen Kasernen, Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitslagern, Industriearbeitersiedlungen, Zeltkolonien, Hotels, Sanatorien, Schulen und Ähnlichem. Die Lager Landsberg am Lech, Feldafing, Belsen-Hohne oder Eschwege etwa waren ehemalige deutsche Kasernen. Für Lampertheim, Zeilsheim und Berlin-Mariendorf wurden Wohnhäuser beschlagnahmt und die deutschen Bewohner evakuiert. In Stuttgart „West" zogen die DPs in Appartementhäuser in der Reinsburgstraße, das Lager in Stuttgart-Degerloch war ein auf einer Anhöhe gelegenes ehemaliges Sanatorium. Das Karwendelhotel in Mittenwald/Garmisch diente als DP-Lager, das Hotel Elisabeth in Feldafing am Starnberger See als jüdisches DP-Krankenhaus. In St. Ottilien (bei Landsberg) wurde ein Kloster zum DP-Lager umfunktioniert.

Föhrenwald war eines dieser mehr als 60 jüdischen DP-Lager, die nach dem Krieg in Deutschland eingerichtet wurden, und gehörte zu den größten und bekanntesten. Entstanden war diese Arbeitersiedlung 1940 für die Arbeiter der Deutschen Sprengchemie

[1] *Wolfgang Jacobmeyer*: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985, S. 30 f.

https://doi.org/10.1515/9783110637946-003

GmbH und der Dynamit Aktien-Gesellschaft.[2] Die kleinen Reihenhäuschen boten verhältnismäßig gute äußere Bedingungen, die auch ein gewisses Maß an Privatsphäre zuließen, und erforderten keine Umbaumaßnahmen.

Dennoch war es für die entwurzelten jüdischen Überlebenden des nationalsozialistischen Völkermords ein regelrechter Schock, nach der Befreiung wiederum in der Atmosphäre eines Lagers einer völlig ungewissen Zukunft entgegenzusehen. Jacob Biber beschreibt seine ersten Erfahrungen im DP-Lager Föhrenwald:

> Ich hatte gedacht, dass dieser Ort hier eine schnelle Durchgangsstation für uns sein würde, eine Möglichkeit, um uns Energie und Lebenskraft wiederzubringen, aber das Wort „Lager" ließ mein Herz wieder angstvoll schlagen. [...] In Föhrenwald wurde unsere Gruppe von der Küche zu den uns zugewiesenen Quartieren geleitet. Überlebende jeden Alters mit zerrissenen Kleidern oder KZ-Anzügen liefen an uns vorüber. [...] Andere Überlebende, die vor uns angekommen waren, luden uns in ihre überfüllten Quartiere ein. [...] Die erste Nacht haben wir viel Information über die Todeslager ausgetauscht, und wir haben auch erfahren, dass noch niemand aus dem Lager Föhrenwald verlegt worden war. Unser Aufenthalt würde nicht morgen enden, vielleicht auch nicht nächste Woche oder nächsten Monat, etwas, was wir nicht erwartet hatten. [...] Wir waren sehr müde nach diesem langen, heißen und anstrengenden Tag und Abend. [...] Für uns war der Schlaf aber kein Aufatmen, sondern ein Wiedererleben der Tragödie in unseren Alpträumen. Sobald ich einschlief, quälten mich die grausamen Geschichten der dürren Konzentrationslagerüberlebenden. [...] Ich konnte Nacht für Nacht nicht schlafen. [...] Die Atmosphäre des Eingesperrt-Seins bewirkte ein ständiges Wiedererleben der Szenen aus unserer fürchterlichen Vergangenheit.[3]

Seit dem Spätsommer 1945 kamen Juden aus Osteuropa, vorwiegend aus Polen, in die DP-Lager in Deutschland und Österreich. Die Ursachen für diese Flucht lagen in den unzumutbaren Bedingungen, die die jüdischen Überlebenden im Nachkriegspolen vorfanden. Wenige Monate nach der Befreiung lebten noch etwa 83.000 von ehemals 3,3 Millionen Juden in Polen. 13.000 waren als Soldaten mit der polnischen Armee aus der Sowjetunion zurückgekehrt; die restlichen 70.000 setzten sich aus KZ-Überlebenden, aus ehemaligen Partisanen und aus Juden, die versteckt im Untergrund überlebt hatten, zusammen.[4] Außerdem waren einige Juden nach Polen zurückgekehrt, die in anderen Ländern befreit worden waren und hofften, in Polen ihre Familienangehörigen wiederzufinden. Meist handelte es sich um die einzigen Überlebenden von ehemals großen Familienverbänden, die auf der verzweifelten Suche nach ihren Verwandten und ihrem Hab und Gut waren. Das Land aber glich einem riesigen jüdischen Friedhof; die einstmals bedeutenden jüdischen Gemeinden waren ausgelöscht, Synagogen und Grabstätten verwüstet. Die Rückkehr war ein regelrechter Schock, der fatale Auswirkungen auf den psychischen Regenerierungsprozess der Befreiten hatte. Viele hatte lange Zeit der Glaube am Leben erhalten, dass die Welt sie nach ihrer Befreiung mit offenen Armen aufnehmen und ver-

[2] Vgl. dazu *Holger Köhn*: Die Lage der Lager. Displaced Persons-Lager in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Essen 2012, S. 189 ff.

[3] *Jacob Biber*: Risen from the Ashes. A Story of the Jewish Displaced Persons in the Aftermath of World War II. Being a Sequel to Survivors. San Bernardino 1990, S. 11 ff.

[4] *Yehuda Bauer*: Flight and Rescue: Brichah. New York 1970, S. 113.

suchen würde, das erlittene Unrecht wiedergutzumachen. Stattdessen erfuhren sie eine erneute und völlig unerwartete Demütigung.

Simon Schochet aus dem DP-Lager Feldafing bei München schildert in seinen Erinnerungen die Rückkehr seines Freundes Avraham in seine 150 Kilometer südlich von Warschau gelegene Geburtsstadt. Er hatte gehofft, Überlebende aus seiner großen Familie zu finden, außerdem fühlte er sich seiner Heimatstadt sehr verbunden, weil seine Familie dort seit Generationen angesehen gelebt hatte. Die Bewohner erkannten ihn bei seiner Rückkehr sofort. Er konnte kaum seine Frage nach dem Verbleib seiner Familienangehörigen beenden, als sie ganz erstaunt riefen: „Avraham, du lebst noch?" Von seiner Familie hatte niemand etwas gehört, blitzschnell aber machte das Gerücht die Runde, er sei gekommen, um den Familienbesitz wieder zu übernehmen. Je länger er Nachforschungen über seine Familie anstellte, desto feindlicher verhielten sich die ehemaligen Nachbarn. Einer bemerkte ironisch, er sei der Meinung gewesen, Hitler hätte alle Juden umgebracht; ein anderer empfahl ihm, die Stadt zu verlassen, da seine Sicherheit nicht garantiert werden könnte. Avraham kam dieser Aufforderung nach.[5]

Zu der ergebnislosen Suche nach Familienangehörigen kam die Weigerung vieler Polen, den Juden ihr Eigentum zurückzugeben. Damit waren sie jeglicher Möglichkeit eines wirtschaftlichen Neubeginns beraubt. Wolf Laper zum Beispiel war in Wieliczka bei Krakau geboren und hatte den Krieg versteckt in den Wäldern überlebt. Als er im März 1945 versuchte, seinen Wäschereibetrieb zurückzuerhalten, beschied man ihm, dass die Prüfung seiner Identität Jahre dauern würde. Kurze Zeit später gab ihm die polnische Untergrundarmee Armija Krajowa 24 Stunden Zeit, das Land zu verlassen. Die örtliche Polizei gewährte ihm keinen Schutz. Es sei sein eigenes Risiko, ob er bleibe oder nicht. Am 24. November 1945 verließ Wolf Laper Krakau in Richtung Berlin.[6]

Als größtes Problem aber stellte sich der wiederauflebende Antisemitismus im Nachkriegspolen heraus, vor dem die Regierung die jüdische Bevölkerung nicht schützen konnte. Die von der Sowjetunion unterstützte kommunistisch-sozialistische Regierung besaß wenig Rückhalt in der Bevölkerung und konnte dem gewalttätigen Treiben der im Untergrund agierenden Armia Krajowa und Narodowe Sily Zbrojne kaum Einhalt gebieten. Beide Organisationen waren antisemitisch ausgerichtet und warben um Unterstützung mit der Behauptung, die neue polnische Regierung sei eine jüdisch-bolschewistische Verschwörung gegen das polnische Volk. Tatsächlich waren Juden im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl überproportional in der Regierung vertreten. Mit Jakub Berman und Hilary Minc als Innen- bzw. Wirtschaftsminister amtierten zwei Juden in hohen Positionen. Dass sich beide als überzeugte Kommunisten längst vom Judentum entfernt hatten und auch kaum für ihre Glaubensbrüder eintraten, spielte für die antisemitische Propaganda keine Rolle: Das ungeliebte neue Regime wurde mit den Juden gleichgesetzt.[7]

5 *Simon Schochet*: Feldafing. Vancouver 1983, S. 143 f.

6 Captain Mautner to Colonel Hohenthal. Report on the Jewish Situation in Poland, 4 Jan. 1946, S. 2, 5. Office of Military Government for Germany, US (OMGUS) 3/176–2/17.

7 *Yehuda Bauer*: Out of the Ashes. The Impact of American Jews on Post-Holocaust European Jewry. Oxford 1989, S. 71 f.

Seit dem Rückzug der deutschen Wehrmacht kam es in zahlreichen polnischen Städten zu pogromartigen Ausschreitungen. Im Juli 1945 etwa bewarfen Kinder in Krakau Synagogenbesucher mit Steinen. Als ein polnisch-jüdischer Soldat den Kindern Einhalt gebieten wollte, schrien diese lautstark und behaupteten, die Juden wollten sie töten. Daraufhin rottete sich eine Menschenmenge vor der Synagoge zusammen, stürmte sie und setzte sie in Brand. Zehn Juden wurden dabei getötet und 30 schwer verletzt.[8]

Über die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, die unsichere politische Situation und die antisemitischen Ausschreitungen waren die polnischen Juden, die nach dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 und knapp zwei Jahre später auf die Sowjetunion Zuflucht in der Sowjetunion gesucht hatten, nicht informiert. Schätzungen zufolge entkamen etwa 230.000 polnische Juden der nationalsozialistischen Verfolgung durch ihre Flucht in die Sowjetunion.[9] Nach dem 1. September 1939 waren ungefähr 350.000 Juden aus dem deutsch besetzten Teil Polens in den sowjetischen geflohen. Zunächst unterschieden die Sowjets in den annektierten polnischen Gebieten nicht zwischen Einheimischen und Flüchtlingen. Im Frühjahr 1940 allerdings begannen sie, Letztere zu „sowjetisieren“: Sie sollten ihre polnische Staatsbürgerschaft ablegen und sowjetische Pässe bekommen. Viele polnische Juden lehnten dies ab und galten nun als politisch unzuverlässig. Die sowjetischen Machthaber deportierten sie in abgeschiedene Gegenden im russischen Hinterland. Besonders „gefährliche Elemente“ wurden sogar inhaftiert und in Arbeitslager nach Sibirien verschleppt.[10]

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 waren allerdings die Juden am stärksten bedroht, die im sowjetisch besetzten Teil Polens geblieben waren. Viele versuchten nun, der deutschen Wehrmacht in Richtung Osten zu entkommen, sodass die Zahl der jüdischen Flüchtlinge in der Sowjetunion etwa eine halbe Million erreichte. Einige Männer im wehrfähigen Alter dienten in der Roten Armee.[11] Viele der polnisch-jüdischen Flüchtlinge starben an den Entbehrungen, an Krankheiten, Unterernährung und infolge der harten Arbeits- und Lebensbedingungen im sowjetischen Exil.

Seit Sommer 1945 verhandelten die polnische und die sowjetische Regierung über deren Repatriierung. In der Folge kehrten ungefähr 175.000 polnische Juden seit Februar 1946 in ihre Heimat zurück. Sie hofften, dort ihre Familien und ihren Besitz wiederzufinden. Es erwartete sie jedoch eine ganz andere Realität. Den meisten wurde erst jetzt klar, dass ihnen das sowjetische Exil das Leben gerettet hatte. Aber auch sie begegneten in der alten Heimat der Friedhofsstimmung, den Schwierigkeiten, ihr Eigentum zurückzuerhalten und dem vehementen Antisemitismus, der einen Neuanfang für jüdische Polen nahezu unmöglich machte.

Ihre Reaktion auf die desolaten Bedingungen in Polen und die Pogrome war eine abermalige Flucht – in die jüdischen DP-Lager in Österreich und in Deutschland. Diese

[8] Headquarters OSS Austria. Situation of Jews in Poland, 20 Sept. 1945. OMGUS POLAD 3/176–2/17.

[9] *Markus Nesselrodt*: „I bled like you, brother, although I was a thousand miles away“: postwar Yiddish sources on the experiences of Polish Jews in Soviet exile during World War II. In: East European Jewish Affairs 46 (2016), S. 47–67, hier S. 47.

[10] *Abraham S. Hyman*: The Undefeated. Jerusalem 1993, S. 177 f.

[11] *Jacques Vernant*: The Refugee in the Post-War World. London 1953, S. 62.

Fluchtbewegung erreichte im Sommer 1946 nach dem Pogrom in Kielce, bei dem 42 Juden ermordet wurden, ihren Höhepunkt. Im 190 Kilometer südlich von Warschau gelegenen Kielce war durch das Wiederaufleben des jahrhundertealten Ritualmordvorwurfs ein Massaker ausgelöst worden, das man nach der Erfahrung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nicht mehr für möglich gehalten hatte. Die polnischen Juden reagierten sofort. Zehntausende Juden verließen nach ihrer Befreiung ihre Heimat und nahmen die Strapazen und Unsicherheiten einer Flucht in ein vom Krieg zerstörtes Land, das zudem der Verursacher des Völkermords an den europäischen Juden war, in Kauf.

Gelenkt wurde dieser Flüchtlingsstrom von der jüdischen Fluchthilfeorganisation Brichah.[12] Bis August 1945 bemühte sich die Brichah, alle Flüchtlinge nach Italien zu leiten, weil von den dortigen Häfen die besten Chancen für eine Weiterfahrt nach Palästina bestanden. Als sich die italienischen Behörden aber durch die wachsende Zahl von Flüchtlingen überfordert fühlten und gleichzeitig von Großbritannien, das als Mandatsmacht die Einreise von Juden nach Palästina verhindern wollte, unter Druck gesetzt wurden, schoben sie dem bis dahin großzügig gehandhabten Grenzübertritt einen Riegel vor. So kam es zu der paradoxen Situation, dass Deutschland und Österreich seit Sommer 1945 Ziel der jüdischen Flüchtlinge wurden.

111.537 Juden verließen Polen zwischen Juli 1945 und Ende September 1946 mit der organisierten Brichah.[13] Im Wesentlichen operierte die Organisation auf zwei Hauptflüchtlingsrouten: zum einen über Nachod, Bratislava, Wien, Linz oder Salzburg in die amerikanische Besatzungszone im südlichen Deutschland oder über Stettin in den amerikanischen Sektor Berlins.[14] Die Mehrzahl wählte die erstgenannte Route. Dennoch erreichten bereits bis November 1945 etwa 7.000 Juden aus Polen Berlin,[15] von August bis November 1946, also nach dem Pogrom von Kielce, flüchteten gar 16.000 Juden in die Stadt.[16] Berlin bot sich wegen seiner geografischen Nähe zu Polen, aber auch wegen des gewaltigen Flüchtlingsstroms von vertriebenen Deutschen, der keine genauen Kontrollen an der Grenze zuließ, als Ziel an.[17]

Neben dem Lager Mariendorf-Bialik Center in Berlin richtete die amerikanische Militärregierung nach anfänglichem Zögern, weil sie befürchtete, durch einen zu liberalen Umgang mit den jüdischen Flüchtlingen die Attraktivität ihres Besatzungsgebietes noch weiter zu steigern, von Juni bis November 1946 in Deutschland 38 neue Auffanglager ein, in denen 61.300 Flüchtlinge beherbergt werden konnten.[18] Von wenigen grenznahen Durchgangslagern wie etwa Cham, Landshut oder Ainring bei Freilassing abgesehen, die ihren Charakter als Durchgangslager behielten und im Laufe des Jahres 1947 aufgelöst

[12] Dazu grundlegend: *Bauer*, Flight and Rescue.

[13] Ebd., S. 119.

[14] Zu Berlin vgl. *Angelika Königseder*: Flucht nach Berlin. Jüdische Displaced Persons, 1945–1948. Berlin 1998.

[15] *Bauer*, Flight and Rescue, S. 130.

[16] *Bauer*, Out of the Ashes, S. 129.

[17] *Eli Rock*, *Henry S. Levy*: Quarterly Report, Berlin Office, A.J.D.C., 1 March 1946 – 1 June 1946, S. 17 f. YIVO Institute for Jewish Research, DP Camps Germany (DPG), f. 1633.

[18] Summary Report on Infiltree Movement of Jews to U.S. Zone of Occupation in Germany from June 1946 to November 15, 1946. YIVO, DPG, f. 1501.

wurden, entwickelten sich die DP-Lager zu kleinen, eigenständig verwalteten Gemeinwesen.

Warum in der amerikanischen Besatzungszone? Die Briten, in deren Besatzungszone mit Belsen-Hohne beim ehemaligen KZ Bergen-Belsen mit bis zu 10.000 Bewohnern zwar das größte DP-Lager überhaupt existierte, weigerten sich – vor dem Hintergrund ihres Palästinamandats und, damit verbunden, der Furcht vor arabischen Reaktionen –, die spezifischen Probleme der überlebenden Juden überhaupt anzuerkennen. Sie werteten die Berichte über die antisemitischen Ausschreitungen in Polen als zionistische Propaganda und betrachteten die flüchtenden Juden als polnische Staatsbürger, die notfalls mit Gewalt in ihre Heimat zurückgebracht werden sollten. Frankreich spielte nur eine Nebenrolle in der jüdischen DP-Geschichte. Zwar gab es in der französischen Besatzungszone einige kleinere DP-Lager; Frankreich war aber weder politisch noch finanziell in der Lage, nennenswert Einfluss zu nehmen. Die Sowjetunion argumentierte, dass die Juden Polen lediglich aus ökonomischen Gründen verließen und beabsichtigte nicht, deren spezifische Schwierigkeiten, die aus der nationalsozialistischen Verfolgung resultierten, anzuerkennen. So strömten die polnischen Juden in die amerikanische Besatzungszone und in den amerikanischen Besatzungssektor von Berlin, wo sich seit Sommer 1945 eine liberale Aufnahmepolitik durchgesetzt hatte, die zusehends auf die besondere Situation der Holocaustüberlebenden zu reagieren bereit war.

Nicht nur in ihrer weitgehenden Distanz zur deutschen Umwelt, sondern auch hinsichtlich der innerjüdischen Struktur unterschieden sich die DP-Lager gänzlich von dem deutschen assimilierten Judentum vor 1933. Die ostjüdischen Zuwanderer prägten das jüdische Nachkriegsleben in Deutschland. Sie gestalteten die DP-Lager – weitgehend losgelöst von der deutschen Gesellschaft – zu kulturellen Zentren mit einem regen religiösen Leben und hielten die jüdischen Traditionen aufrecht. Jüdische Hilfsorganisationen aus den USA, Großbritannien und Palästina unterstützten die Überlebenden nicht nur mit finanziellen Zuwendungen, medizinischer Hilfe und Lebensmitteln, sondern bemühten sich auch um die psychische Betreuung der traumatisierten Menschen.

Ein Verbleiben in Deutschland und der Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden waren im Gegensatz zu den Absichten einiger deutscher Juden zu keinem Zeitpunkt Bestandteil der Zukunftspläne der jüdischen DPs. Allerdings hatten die Entwicklungen in Palästina und die restriktiven Einwanderungsbestimmungen der anderen potenziellen Emigrationsländer für die meisten DPs einen mehrjährigen Aufenthalt in den Lagern zur Folge. Erst die Gründung des jüdischen Staates im Mai 1948 und der israelische Sieg im Unabhängigkeitskrieg 1948/49, aber auch die Lockerung der amerikanischen Einwanderungsgesetze 1948 bzw. 1950 eröffneten den jüdischen Überlebenden Auswanderungsmöglichkeiten.

Obwohl diese Verzögerungen bei den Emigrationsbemühungen und die Lageratmosphäre auf die Überlebenden der Shoah demoralisierend wirkten, entwickelten sich die DP-Lager zu Zentren regen jüdischen Lebens, die den Charakter der ehemaligen Stetl in Polen mit eigener Verwaltung, Schulen, Kursen für die Berufsausbildung, Presse und religiösen sowie kulturellen Initiativen besaßen. Für die psychische Regeneration der Überlebenden waren gerade Letztere von Bedeutung. Sie wurden von den Kulturämtern in den Lagern, die im Zuge der Selbstverwaltung entstanden, koordiniert. Die meisten kultu-

rellen Aktivitäten gingen von den Überlebenden selbst aus; von den Hilfsorganisationen erhielten sie lediglich materielle Unterstützung.

Bereits Anfang Juli 1945 begann Samy Feder, ein professioneller polnisch-jüdischer Schauspieler, im DP-Lager Belsen-Hohne in der britischen Besatzungszone mit dem Aufbau seines „Kazet-Theaters". Auf einer improvisierten Bühne fand unter seiner Regie am 6. September 1945 die erste Aufführung statt, die aus drei kleineren Stücken mit satirischen Elementen bestand. Viele Jahre später erinnerte er sich an die Reaktion der begeisterten Zuschauer:

> Nie wieder habe ich vor einem solch dankbaren Publikum gespielt. Sie klatschten in die Hände, lachten und schrien. Als wir zum Abschluss das berühmte Lied „Think not you travel to despair again" anstimmten, sprangen die tausend Menschen im Saal hoch und sangen mit. Die Vorstellung wurde mit der Hatikwa [der späteren israelischen Nationalhymne] beendet. Niemals wieder wurde die Hatikwa mit solchem Enthusiasmus gesungen wie an diesem ersten Abend.[19]

In den folgenden Wochen gab das „Kazet-Theater" noch zehn weitere Aufführungen dieses ersten Programms. Gleichzeitig begann Samy Feder mit der Vorbereitung von Scholem Alejchems Stück „Der verhexte Schneider". Neben der Darstellung von Ghetto- und Konzentrationslagererfahrungen erfreuten sich die jiddischen Klassiker bei allen DP-Theatergruppen und ihren Zuschauern großer Beliebtheit. Die Föhrenwalder Theatertruppe „Bamidbar" (= in der Wüste) spielte zum Beispiel Anfang 1947 Scholem Alejchems „Tewje der Milchmann".

Einen relativ großen Bekanntheitsgrad erreichte die Theatergruppe „Baderech" (= auf dem Weg) aus dem Lager Berlin-Schlachtensee, deren Vorstellungen „Di Farsztojsene" nach Viktor Hugos Roman Les Misérables und „Der eingebildete Kranke" von Molière auch in den Berliner Tageszeitungen besprochen wurden.

Anlässlich des einjährigen Jubiläums von „Baderech" zog ein Mitglied des Ensembles Bilanz über die Ziele und Erfolge des Theaters:

> Es geht uns immer wieder darum, die Schatten von gestern zu überwinden. In Satire und Schauspiel, mit Ernst und Gelächter, haben wir den Kampf mit unserem Schicksal aufgenommen. Wir haben auf der Bühne Gestalten lebendig werden lassen, die keine Masken trugen, sondern unsere eigenen Gesichter. Wir haben uns bemüht, unseren Freunden im Lager über das Vakuum hinwegzuhelfen, das zwischen der furchtbaren Vergangenheit und der hoffnungsvollen, für viele aber noch ungeklärten Zukunft liegt. Wir brauchen künstlerische Selbstbetätigung, wir haben das Recht auf Individualismus: Jahre hindurch sollten wir als Masse sterben; nun ist die Zeit gekommen, da wir als Volk leben wollen! Unser kleines Theater am Rande Berlins, der Durchgangsstation auf dem Wege zu einem neuen Leben, ist der erste Schritt dazu.[20]

Gleichzeitig mit Spielbeginn des „Kazet-Theaters" erschien in Belsen die erste jüdische Zeitung im Nachkriegsdeutschland, „Unzer Sztyme". Die beste und bekannteste Lagerzei-

[19] *Samy Feder*: The Yiddish Theatre of Belsen. In: *Irgun Sheerit Hapleita Me'haezor Habriti* (Hrsg.): Belsen. Tel Aviv 1957, S. 138 f.

[20] Der Weg. Zeitschrift für Fragen des Judentums 2 (1947), 5. Sept.